



Konservative Kommentare Februar 2019

von Peter Helmes

Liebe Leser,

an dieser Stelle veröffentliche ich regelmäßig einmal im Monat meist kritische und bissige Kommentare – aus konservativer Sicht versteht sich – zu Themen bzw. Vorgängen, die in den Medien selten oder gar nicht besprochen oder verzerrt dargestellt werden.

Ich wünsche Ihnen eine spannende Lektüre und freue mich stets über Kritik und Anregungen, die Sie mir direkt (Peter.Helmes@t-online.de) oder an Die Deutschen Konservativen (info@konservative.de) senden können.

Volkes Stimme: „Denk ich an Deutschland, packen mich Zorn und Wut“

Von Peter Helmes

Über den Zustand unserer links-bevormundeten Gesellschaft

Vor Jahren habe ich auf Facebook eine „Fb-Freundin“ gefunden – nennen wir sie Barbara –, die mich schon früh durch ihre geistreichen Kommentare fasziniert hat. Daß die Dame (obwohl blond) intelligent und sehr attraktiv war, erwähne ich nur am Rande, aber „das Auge blieb hängen“. Und – sie hatte das Herz auf dem (buchstäblich) „rechten“ Fleck. Leider ist sie inzwischen – allzu früh – von uns gegangen.

In memoriam Barbara habe ich weiter unten einen ihrer für sie typischen Artikel übernommen, der die ganze Kraft dieser starken Frau wiedergibt.

Sie hatte fast zu jedem Tag einen besonderen Spruch, eine besondere Weisheit – oder auch einfach eine Geschichte, die sich häufig um ihren Hund drehte, den ich nach Ihrem Ableben sofort übernommen habe. Kurz, auch Arthur Schopenhauer hätte eine helle Freude an ihr und ihrem Esprit („Seit ich die Menschen kenne, liebe ich die Tiere...“ – A. Sch. zugeschrieben)

gehabt. Kurz: Sie vereinte Geist mit Herzenswärme auf eine unaufdringliche, aber mitreißende Art.

Ich stelle dies so ausführlich voran, weil einem solchen lieben Menschen Wut grundsätzlich fern ist. Und es muß sich schon einiges angestaut haben, bis man „platzt“. So erging es ihr wohl auch. Sie konnte, politisch gesehen, zornig und wütend werden.

Ich verstand sie gut – auch wenn ich nicht der gleichen Partei verbunden bin, der sie zuneigte. Man braucht sich bloß die Medien-Schlagzeilen der letzten Zeit anzusehen – und mit denen auf *conservo* vergleichen, dann wird deutlich, daß man sehr bald um den Schlaf gebracht ist, wenn man an Deutschland denkt. Eine kleine Auswahl:

„Kampf gegen rechts“
„Politisch korrekte Gesinnung“
„Grünen-Frühsexualisierung“
„Demokratie als Worthölse“
„Lückenpresse“ / „Lügenpresse“
„Solidarität Europäischer Staaten?“
„Vergewaltigungen durch Migranten“
„Volksparteien am Ende?“
„Asylrecht hat enge Schranken“
„Ausverkauf Europas“
„Linke Lügen“
„Verteufelung der AfD“

Das sollte als Ausschnitt aus der Meldungsvielfalt genügen, der aber keineswegs eine Meinungsvielfalt folgt. Die Presse und „die gesellschaftspolitisch relevanten Kreise“ sind sich einig, daß alles, was nicht links ist, nur übel und böse sein kann. Das aber führt mich zu einem weiteren Schopenhauerschen Aphorismus, insbesondere wenn man die zeitgeistigen Verrenkungen gegenüber „rechts“ oder gegenüber der AfD studiert:

„Jedes Problem durchläuft bis zu seiner Anerkennung drei Stufen: In der ersten wird es lächerlich gemacht, in der zweiten bekämpft, in der dritten gilt es als selbstverständlich.“

Zurück zu Barbara. Sie hat alles dies (auf Fb) x-mal kommentiert, aber irgendwann ihre gewohnte Zurückhaltung aufgeben, um aus ihrem Herzen keine Mördergrube zu machen. Schonungslos, aber mit nicht verletzenden Worten packte sie aus, was sie zornig und wütend machte und schrieb:

„Es geht mir nicht so besonders, weil ich heute ziemlich wütend bin...“

Wütend auf Menschen, die sich alles widerspruchslos gefallen lassen...

Wütend und enttäuscht darüber, dass es immer mehr MISStrauen anstatt VERtrauen gibt...

Wütend, daß es immer mehr GEGENEinander anstatt FÜReinander gibt

Wütend über den Verlust von Werten, die einst einmal wichtig für ein soziales, funktionierendes, friedliches Miteinander waren

Wütend über zunehmende Rücksichtslosigkeit, Ignoranz, Arroganz und Egoismus...

Wütend über die Medien, die leider erfolgreich daran arbeiten, dass sich Menschen, die auch nur ansatzweise mit der AfD sympathisieren, infolge dessen immer häufiger als rechtsradikal, rassistisch und dumm beschimpfen lassen müssen...

Wütend darüber, dass sich keiner dieser von den Medien und den "Gutmenschen" indoktrinierten Menschen einmal die Mühe macht, persönlich mit einem AfD'ler zu sprechen und vielleicht festzustellen, daß das in der Regel fast ausschließlich freundliche, intelligente, besorgte und ganz normale Mitmenschen sind (ICH habe NUR solche kennenlernen dürfen!)

Wütend darüber, dass man sich mittlerweile sekundlich als "Nazi" beschimpfen lassen muss, sobald man auch nur die geringste Kritik an der derzeitigen Flüchtlingspolitik äußert...

Wütend auf Menschen, die nicht genügend eigenen Verstand besitzen, um die mediale Gehirnwäsche zu durchschauen

Wütend auf Menschen, die einen anpöbeln, wenn man nicht dem linken Mainstream folgt...

Wütend auf unsere devote, unterwürfige eigene Bevölkerung...

Wütend auf die immer heftiger und zügelloser werdende Hetze der Medien auf ALLE, die nicht in das Tantra-artige, scheinheilige, verlogene gutmenschliche Gesabberere einstimmen und es wagen, eine andere Meinung zu haben...

Wütend auf all die vielen scheinheiligen „Gutmenschen“...

Wütend auf die vom Staat noch unterstützte gewalttätige SAntifa...

Wütend auf all die dummen, oberflächlichen Ignoranten...

Wütend auf unsere verlogenen Politiker...

Wütend auf die Dummheit so vieler Menschen hier...

Wütend auf die phlegmatischen Abnicker und Ja-Sager...

Wütend auf viele hier lebende Migranten, die sich manchmal derart überheblich und arrogant, wenn nicht gar unverschämt uns gegenüber in unsrem Land benehmen, als wären wir bereits verpflichtet, uns so zu verhalten, wie SIE es wollen...

Wütend auf alle, die nicht genügend Mumm haben, um ihre Meinung laut zu äußern...

Wütend sogar im Moment auf fast alles, was sich "Mensch" schimpft...

Wütend auf Menschen, die anscheinend vergessen haben, was für eine Verantwortung sie für die Zukunft ihrer Kinder haben...

Wütend auf Deutschland, das sich von Hinz und Kunz an der Nase herumführen lässt...

Wütend auf Menschen, die andere Menschen nur auf Grund dessen verachten und beleidigen, wenn nicht gar sogar angreifen, nur weil sie AfD gewählt haben...

Wütend auf den nichtsnutzigen linken Mob...

Und letztendlich wütend auf mich selbst, da ich selbst heute das erste Mal dachte:

„Halt lieber den Mund, als das Wort AfD nochmal offen auszusprechen!“

Wütend über Freunde, die sich urplötzlich „angewidert“ oder „erschrocken“ von mir abwenden, als wäre ich in Sekundenschnelle zur Bestie mutiert, nur weil ich die AfD gewählt habe und ich IMMER noch die gleiche Person bin...

Wütend auf die Intoleranz der „Toleranten“

Und traurig darüber, dass ich so wütend bin.“

Danke, liebe Barbara, für diesen Zornesausbruch! Es war eine Art „heiliger Zorn“, der da zutage trat. Und gewiß sprach aus diesem Zorn auch Volkes Stimme! Barbaras Stimme fehlt uns mehr und mehr. RIP! (P. H.)

SPD im Allzeit-Hoch: Fünf-Prozenthürde geschafft! (Noch)

Von Peter Helmes

Vielleicht knallen jetzt Sektkorken im Willy-Brandt-Haus – aber wenn, dann ganz leise. Die Genossen trauen nämlich dieser Meldung noch nicht so richtig. Denn seit Wochen wird ihnen die Endzeit angekündigt. Die Wähler wählen mehrheitlich nicht mehr links. Aber immerhin, sie liegen immer noch oberhalb der magischen 5%-Hürde. Ein Grund zum Feiern?

Und so kommt es für die Sozis in diesem Jahr wohl ganz dick:

Nach einer Meldung, die ich den „Unbestechlichen“ verdanke (<https://dieunbestechlichen.com/2018/12/nur-noch-8-im-osten-neues-umfragedesaster-fuer-a-nahles/>), steht der SPD ein noch schwierigeres Jahr bevor, als es das Jahr 2018 war. In dem Artikel heißt es:

„Wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre, käme die SPD in den östlichen Bundesländern nur noch auf mickrige acht Prozent. Damit rangiert sie nur noch auf Rang 5 der Parteien, ganz knapp vor der FDP mit sechs Prozent.

Mit jeder Umfrage rauscht die Partei weiter Richtung Splitterpartei respektive Bedeutungslosigkeit. A. Nahles, Maas, Stegner, Högl und wie sie alle heißen, haben es in 2018 geschafft, aus der einstmals so bedeutsamen SPD von Willy Brandt, Herbert Wehner und Helmut Schmidt einen armseligen Haufen vor sich hin stolpernder Polit-Analphabeten zu machen. Egal, zu welchem Thema sich ein SPD-Politiker äußert – mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit geht es in die Hose.

Die Wähler haben dieser Truppe längst den Rücken gekehrt und sind aus Protest gegen die gezeigte Unfähigkeit in Scharen zu den Grünen übergelaufen. Entsprechend schlecht sehen auch die aktuellen Umfrageergebnisse aus. Vor allem in den östlichen Bundesländern wird die SPD gnadenlos abgestraft. Dort würde sie von gerade einmal acht(!) Prozent der Befragten gewählt. Das ist der vorletzte Platz im Rahmen der Parteien, die in den Bundestag einziehen; nur die in den östlichen Regionen traditionell schwache FDP liegt noch dahinter.

In den Neuen Bundesländern ist die Partei marginalisiert, die Basis ist fast ganz weggebrochen, die Wahlerfolge fehlen – und damit Mandate in den so wichtigen Kommunalparlamenten und in den Landtagen. In der Mitte Deutschlands, da, wo die SPD herkommt, wird sie heute eher unter „Sonstige“ registriert.

Zu viel „Frauengedöhns“

Für allzu großen Übermut bei der politischen Konkurrenz besteht aber kein Anlaß. Das Folgende sollte insbesondere der CSU als Warnung dienen. ScienceFiles hatte eine aufwändige Zusammenstellung erarbeitet, die zeigt, daß der Abstieg der SPD in einem nachweisbaren Verhältnis zu ihrer Frauenpolitik steht. Je höher der Frauenanteil wurde, desto niedriger die Wahlergebnisse.

sciencefiles: »Gleichzeitig vertritt die SPD ideologische Inhalte, die für Arbeiter und Angestellte von keinerlei Interesse sind. Die Mehrzahl der Arbeiter und Angestellten interessiert sich weder dafür, ob irgendwelche Frauen aus der Mittelschicht in Vorstände

quotiert werden noch dafür, ob die SPD sich zum Kämpfer gegen Hasskommentare aufschwingt, noch dafür, ob die SPD für nicht-heterosexuelle Menschen Lobbyist spielt, noch dafür, dass die SPD ihr Herz für Flüchtlinge entdeckt hat. Wir finden einfach keinen Grund, warum ein Arbeitnehmer heute noch SPD wählen sollte«.

Kommen wir zum Kern des SPD-Übels – was CDU/CSU sowie die Grünen jedoch nicht von einer weitgehenden Mittäterschaft freispricht:

Für all die Zustände im „neuen“ Europa – wachsende Kriminalität, wachsende Islamisierung, Abkehr von unseren tradierten Werten etc. – stehen die europäischen Sozialisten. Und auch die deutsche Sozialdemokratie. Diese hat mit der SPD Brandts oder Schmidts so wenig zu tun wie die heutige CDU mit jener Adenauers oder Erhards.

Fehlentwicklungen: Mitverantwortung der SPD

Die SPD trägt die Haupt- bzw. ein gerüttelt´ Maß an Mitverantwortung für die Asylkatastrophe ebenso wie für die Schuldenmacherei, Gratis-Wohlfahrtsstaat-für-Alle-Illusion und leistungsfeindliche Schulpolitik bis zur Genderei und „Grundeinkommen für Alle“, auch wenn sie nicht arbeiten. Jeder Anspruch soll erfüllt werden. Abtreibung und Schwulenehe als zentrale gesellschaftliche Werte. Und alles durchsetzt von der Political Correctness. Datenschutz statt Schutz vor Verbrechern. Und vieles andere mehr, was schlecht und teuer ist....

Von einem Neuanfang ist in der SPD nichts zu spüren.

Daran änderte auch der Wechsel zu Nahles nichts!! Die bitterste Erkenntnis für die paar selbstkritischen Genossen: **Es gibt keinen Grund mehr, die SPD zu wählen.** Bis zur Kanzlerschaft Gerhard Schröders galt die SPD als eine verlässliche Anwältin des (vor allem) „kleinen Mannes“, ihr Schwerpunkt lag auf sozialen Themen, für die sie jahrzehntelang tapfer eintrat. Aber das ist lange vorbei. Es sieht eher so aus, als habe die Partei den Kontakt zu den Wählern verloren und/oder vergessen, was ihn drückt. Nahles hat es – wie ihre letzten Vorgänger – bisher nicht verstanden, deutlich zu machen, daß und wie sie das ändern will.

Ob (Un-)Heilsbringer Schulz oder Mutter Nahles: Sie sollten sich erinnern, daß die SPD offensichtlich keine Antworten auf die Fragen hat, die die AfD stark machen: Was unternimmt die SPD – erst recht in der großen Koalition – gegen das Gefühl des Abgehängtseins, das offenkundig in etlichen Landstrichen existiert? Wie nimmt sie den Menschen die Sorge, Opfer der Digitalisierung zu werden oder die Zuwanderung von Millionen von Flüchtlingen erleben zu müssen? Mögen die Wirtschaftsdaten noch so fulminant sein: Offenkundig ist es der SPD wichtiger, neue Antworten auf die gesellschaftlichen Fragen der Zeit zu geben, Genderklos zu bauen oder neue Geschlechter zu erfinden, als auf die Probleme zum Beispiel der Alten, Abgehängten oder Ausgegrenzten zu verweisen.

Der Mehrheit dieser todgeweihten Partei ist die Futterkrippe und sind die noch vorhandenen Pfründen offenbar näher als die programmatischen Ziele der SPD – vermutlich, weil Letztere niemand mehr kennt. Eher gilt heute: Posten statt Profil.

Sehenden Auges nähert sich die (ehemals) große Traditionspartei ihrem Ende. Jetzt schon ist in ihren Reihen das Zittern vor den nächsten Wahlen (besonders zum Europaparlament) nicht mehr zu übersehen. Der Rutschbahneffekt ist greifbar. Die SPD hat sich für den Weg in die Bedeutungslosigkeit entschieden.

Viele Schicksalsfragen hat die SPD erst einmal vertagt. Dazu gehört vor allem die Frage, wie lange die SPD Andrea Nahles noch als Parteichefin ertragen wird. Nahles trägt einen Großteil der Verantwortung für das miese Bild der SPD. Sie hatte Schulz gehätschelt, aber Sigmar Gabriel gestürzt. Karrieregeil, wie sie immer war, hatte sie nach dem Rücktritt von Schulz als Parteivorsitzender als erste die Finger gehoben und sich als Retterin angekündigt – in völliger Verkennung der Stimmung in der SPD. (Nicht nur) dafür gibt es jetzt die Quittung.

Nahles ist schon seit Jahrzehnten im Geschäft; sie steht auch für die Regierungspolitik, mit der die Sozialdemokraten bei den letzten Bundestagswahlen nicht punkten konnten. Und letztlich steht Nahles auch für einen selbstherrlichen Führungsstil, der nicht mehr in die Zeit paßt. Und von dem auch die SPD-Mitglieder an der Basis längst die Nase voll haben. Von einer starken Beziehung zwischen Parteivolk und Vorsitzenden kann keine Rede sein.

Und die wichtigste, wie eine Drohung über der Partei hängende Frage, ob ihr Anspruch, Volkspartei sein zu wollen, nicht viel zu gewagt ist, da ihr immer mehr Anhänger und Wähler weglauen, wird erst gar nicht gestellt – und harrt der Antwort bis zum greifbar nahen Ende der SPD. Das war´s dann wohl.

Die manisch-depressive Patientin SPD müßte sich jetzt schleunigst fangen, damit die viel beschworene innere Erneuerung nicht in Verzweiflung endet. Aber das schafft die Partei nicht mehr, weil die Geier bereits über der Noch-Vorsitzenden kreisen. Gerüchte gehen um, es werde an einem Komplott gebastelt. „Es“ – das sind die üblichen Verdächtigen: Gerhard Schröder, Olaf Scholz, Sigmar Gabriel und Genossen. Wer so viele „Freunde“ hat, braucht sich um Feinde nicht zu kümmern.

Und dann wäre da noch ´was (man spricht nicht drüber, aber man macht es):

Die Altvorderen (fast der gesamte SPD-Vorstand) wollen ihre Posten behalten; denn sie betrachten sie als legitimes persönliches Gut. Und die Jüngeren fürchten, daß es in vier Jahren gar keine Posten mehr gibt.

Tja, so geht´s bei der SPD (wie seit Jahrzehnten). „Keine schönen Aussichten für die Sozialdemokraten“ wäre die Untertreibung des Jahres. „Keine schönen Aussichten“ heißt im Klartext: „Wir haben fertig!“ Im Keller ist es halt dunkel, da sieht man nicht mal Schatten.

Ich meine:

Die heutige SPD steht für Lethargie, Stillstand sowie Ideen- und Antriebslosigkeit – eine Partei also, vor der niemand etwas zu befürchten braucht. Der Trend geht in schnellen Schritten in Richtung Niedergang. Die SPD ist tot, niedergestreckt von ihrer eigenen Unfähigkeit – frei nach Trappatoni: „Die SPD hat fertig“.

Danke, Andrea, Du hast mich nicht enttäuscht. Ich wußte, mit Dir geht´s zum Abgrund. Und den letzten Schritt wirst Du auch noch gehen. Weiter so, wir schaffen das!

*Die Vorfreude ist fast so groß wie die Schadenfreude. Ich freue mich mitleidlos über Beides.
(P.H.)*

Harter Abschied von Deutschlands Großbanken

Von Peter Helmes

Mehr Realismus statt sozialistischer Fusionsträume

Erstmals seit drei Jahren meldet die Deutsche Bank (DBk) wieder einen kleinen Gewinn – eine echte Trendwende markiert das aber nicht; denn der mickrige Gewinn ist hauptsächlich den Sparanstrengungen des neuen Chefs zu verdanken. Der Aktien-Kurs sank nochmals um ein Drittel. Die DBk schaffte es nicht, einen Weg aus der gefährlichen Abwärtsspirale zu finden, in der sich die Bank seit langem befindet. Im Gegenteil, der Niedergang der Deutschen Bank hat sich beschleunigt, und es glimmt nirgendwo ein Hoffnungsschimmer, wie diese Talfahrt gestoppt werden könnte. Die eigentlichen Erträge bleiben schwach.

Vertrauen fehlt

Man muß nicht lange nach den Ursachen forschen, die Haupterkennnis liegt auf der Hand und ist auch nicht zu leugnen: Vertrauen fehlt – das ist die bittere Erkenntnis für das einst so renommierte Bankhaus, das in guten Zeiten auch und erst recht international ein Aushängeschild der deutschen Wirtschaft war.

Vertrauen ist das wichtigste Pfand eines Bankhauses. Das hat die DBk – auch schon unter dem damals viel gelobten Ackermann – gründlich verspielt. Eine ganze Reihe von Skandalen kam hinzu. Gut zehn Jahre nach der Finanzkrise steht die Bank noch immer im Schatten der Sünden der Vergangenheit. Das Vertrauen, das Kunden, Investoren und Aktionäre in das einst so stolze Bankhaus hatten, will, so scheint's, einfach nicht wieder zurückkehren, eher im Gegenteil. Und die Frage, mit welchem Geschäftsmodell die Deutsche Bank in Zukunft Geld verdienen will, wenn sich die Konjunktur abkühlt und die Zinsen im Euroraum niedrig bleiben, bleibt weiterhin offen.

Die Fusionsphantasie des Olaf Scholz

Da tritt ein Mann auf den Plan, der eine bahnbrechende Idee auf den Tisch legt – die den sozialistischen Charakter des deutschen Finanzministers Scholz mal wieder offenlegt: Eine Fusion müsse her, sagt er und faselt etwas von einem „nationalen Banken-Champion“. Möglicher Fusionspartner: die Commerzbank (CoBa), an der der Bund noch immer beteiligt ist. Und natürlich steht, wenn's schiefgeht, der deutsche Staat bereit, der Bank unter die mageren Arme zu greifen. Wir kennen das schon.

Das ist also eine geradezu abwegige Idee. Wenn man zwei Tandemfahrer, die gerade keuchend und mit hängender Zunge als Letzte das Ziel erreicht haben, wieder in die Arena zurückschickt, wird daraus kein starkes Team, sondern eher eine müde Lazarettveranstaltung. Damit könnten die beiden Banken nicht zu alter Stärke zurückfinden.

Mit seinem Ruf nach Fusion – mit einer Rückendeckung durch uns Steuerzahler – hält Olaf Scholz zwar seit Monaten die Fusionsphantasien am Leben. Doch daß die beiden Banken durch eine Fusion zu alter Stärke zurückfinden könnten, daran glauben die wenigsten. Eine Zwangsfusion mit der Commerzbank (Börsenwert rd. 10 Mrd. €) ist demnach keine Lösung, sondern nur eine Verlängerung des Leidens der Aktionäre – und letztlich der Kunden.

Denn käme es tatsächlich zur Fusion von Deutscher Bank und Commerzbank, entstünde ein Finanzriese, der nicht unbedingt zu groß, aber sicherlich zu vernetzt wäre, um ihn pleitegehen zu lassen. Und wohin das führt, hat vor Jahren die Finanzkrise gezeigt mit strauchelnden Banken, die am Ende der Steuerzahler retten mußte.

Und noch etwas: Was der Bundesfinanzminister und Möchtegern-Kanzlerkandidat gerne verschweigt: Viele Kräfte gibt es bei den größten deutschen Banken in der Tat derzeit nicht zu bündeln. Beide Institute schwächeln, kämpfen nicht nur gegen einen zunehmenden Bedeutungsverlust und einen schrumpfenden Börsenwert – die Commerzbank ist nicht mal mehr ein Dax-Unternehmen – sondern auch mit zu geringen Erträgen, zu hohen Kosten, und zu viel Personal. Eine solche Megafusion hätte allein eine radikale Schrumpfkur zur Folge mit massivem Stellenabbau und vielen Filialschließungen. Es wäre nicht mehr als eine politisch orchestrierte Zwangsehe zu einem zu hohen Preis.

Fazit: So bitter die Erkenntnis ist, wenn kein Wunder geschieht, werden DBk und CoBa zu Schrumpfbanken, die irgendwo mitmischen – aber bestimmt nicht in der ersten Liga.

BAMF und andere: Anleitung zum Betrug am deutschen Staat

MIGRATION: Wie oft fiel das BAMF auf gezielte Täuschungen durch Asylbewerber herein?

In einer offiziellen Antwort auf eine kleine Anfrage der Bundestagsabgeordneten Nicole Höchst gibt die Bundesregierung mehr oder weniger direkt zu, dass sie die Augen vor kriminellen Aktionen im Zusammenhang mit der von NGOs gesteuerten, illegalen Einwanderungswelle bewusst verschließt.

Vor etwa drei Monaten konnten wir [hier auf diesem Blog](#) zum ersten Mal in deutscher Sprache über einen Skandal im Zusammenhang mit der NGO-Flüchtlingsindustrie berichten:

ASYLANTEN TRAINIEREN MIT HILFE DER NGOS WIE MAN DEUTSCHE BEHÖRDEN AM BESTEN TÄUSCHT

In griechischen Flüchtlingslagern haben NGOs eigene Trainingsprogramme entwickelt, in denen sie den Immigranten, beibringen, wie sie die deutschen Behörden am geschicktesten belügen, um ihren Asylantrag genehmigt zu bekommen:

Dabei ist man bemüht, regelrechte Drehbücher mit den Asylanten wie mit Schauspielern einzustudieren. Damit sie auf Ämtern, in Interviews etc so reagieren und so antworten, damit ihre Einwanderungswünsche möglichst rasch in Erfüllung gehen.

Eine der Sprecherinnen der NGO sprach sogar davon, dass ihre NGO (Advocates Abroad) den Bewerbern beibringt, so zu tun, als ob sie weinen oder psychisch zusammenbrechen. Aber auch rhetorische Kniffe, wie eine Pause einlegen, um sympathischer zu wirken, bekommen sie beigebracht.

In eigenen, immer wieder eingeübten Rollenspielen werden die Prüfgespräche, der Umgang mit Ordnungskräften und mit Richtern geübt. Bis hin zu der Situation, in der ein Moslem einen verfolgte Christen spielen soll, der von seiner Verfolgung erzählt.

Es ist also ein regelrechtes Training für ein erfolgreiches Kriminellwerden in Deutschland.

Dieser PP-Artikel hatte die Bundestagsabgeordnete Nicole Höchst zu einer Anfrage an die Bundesregierung motiviert. Dort heißt es:

SCHRIFTLICHE FRAGE DER ABGEORDNETEN NICOLE HÖCHST VOM 10. JANUAR 2019 (MONAT JANUAR 2019, ARBEITS-NR. 1/90)

Frage 1) In wie vielen Fällen entlarvten die diesbezüglich gesondert geschulten Mitarbeiter des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (seit Bekanntwerden des Problems) Asylbewerber, die Presseberichten zufolge: <https://philosophia-perennis.com/2018/11/13/fluechtlingslager-in-griechenland-ngos-bringen-migranten-bei-wie-man-die-behoerden-beluegt/> von NGOs darauf trainiert worden sein sollen, mit Lügen und Schauspielerei bei Asylanträgen und -gesprächen zu betrügen, und falsche Informationen glaubhaft zu vermitteln.

SIE WOLLEN ES NICHT WISSEN

Das Interesse der Bundesregierung, gegen diesen Betrug unseres Staates vorzugehen, hält sich freilich – nett ausgedrückt – in sehr engen Grenzen. Die komplette Antwort der Bundesregierung liegt PP vor:

A n t w o r t a u s d e m S e e h o f e r - M i n i s t e r i u m :
Statistiken im Sinne der Anfrage werden beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge nicht geführt.

Diese Antwort klingt doch sehr deutlich nach Desinteresse sowohl an den Stimmen aus dem Bundestag und der Aufrechterhaltung unseres Rechtsstaates als auch an den Sorgen der Bürger. System Merkel in Reinform.

Aber auch System BAMF in Reinform. Das sieht man gut an diesem aufwändig mit Steuergeldern produzierten BAMF-Werbefilm, der in fast allen Sprachen vom Bundesamt für Migration in den Krisenregionen dieser Welt ausgestrahlt wurde/wird (?)

(Quelle: Dr. David Berger, Philosophia Perennis)

Reform der Grundsteuer – die Blamage des Olaf Scholz

von Peter Helmes

*„Schenk Sozis eine Wüste voller Sand – und Du wirst sehen:
Nach vier Jahren gibt’s keinen Sand mehr“
(alte Volksweisheit)*

Olaf, das Genie - warum das Bundesgesetz zur Neubemessung von Grundsteuer nichts anderes ist als ein grotesker Schildbürgerstreich

Es bewahrheitet sich wieder mal: Sozis können weder rechnen noch mit Geld umgehen. Eine unglaubliche „Geschichte“ tischt uns jetzt Bundesfinanzminister Olaf Scholz auf, und ich frage mich, wie er es wagt, sich auf solche abenteuerlichen Kalkulationen einzulassen bzw. ob der Mann nicht auf seine Fachbeamten hört. Aber da die Grundsteuer reformiert werden muß, wird das Unterfangen auf Biegen und Brechen eingeleitet. Die Unvernunft besiegt die Vernunft – diesen Sieg sollte man der SPD doch mal lassen.

Eine Grunderkenntnis – die aber von Blinden nicht gesehen wird:

Eine Reform der Grundsteuer ist nach den aktuell vorgesehenen Leitlinien eines Gesetzes-Entwurfs von CDU und (maßgeblich der) SPD gar nicht möglich. Eine praktikable, für jedermann nachvollziehbare Grundsteuer ist wegen der vielen unüberwindbaren Unterschiede „von Haus zu Haus“ gar nicht machbar. Genau deswegen sind eben die Einheitswerte seit 1964 nicht angepasst worden. „Gerecht“ wäre allenfalls nur eine Abschaffung der Grundsteuer, im Gegenzug müßte dafür eine andere Steuer erhöht werden.

Jörg Gebauer, dem ich für seine Vorlage sehr danke, hat das Problem leidenschaftslos und sachlich aufgedröselnt und nachgerechnet, u. zw. so, daß es jeder selbst nachprüfen kann::

Wenn bundesweit 5.000 einigermaßen qualifizierte Beamte ca. 3 Stunden pro Einzelvorgang (Grundstück oder Gebäude) benötigen (...und das ist bereits "schöngerechnet"; ...nämlich inklusive einer notwendigen Objekt-Besichtigung), dann schaffen sie zusammen pro Jahr 3 Millionen Vorgänge, um die Grundsteuer-Bescheide für diese 3 Millionen Objekte zu erstellen.

Es gibt aber in Deutschland mehr als 100 Millionen Grundstücke und Gebäude.

Es ist demnach rechnerisch unmöglich, bis Ende 2019 diese Abermillionen Grundstücke und Häuser jeweils einzeln zu bewerten. 5.000 Beamte würden dafür ca. 40 Jahre rechnen, begutachten und verwalten müssen. Noch nicht eingerechnet der Zeitaufwand für all die zu erwartenden Einsprüche gegen die neuen Grundsteuer-Bescheide.

Gäbe es statt der angenommenen 5.000 geeigneten Beamten tatsächlich bereits jetzt 50.000 qualifizierte Beamte, so würden diese immer noch 4 Jahre benötigen, um die Bescheide zu erstellen.

Alternativ müßte man, um die Vorgaben des Bundesverfassungs-Gerichts zu erfüllen, bis Ende April 600.000 "vor-qualifizierte" neue Sachbearbeiter einstellen oder 600.000 Beamte aus anderen Bereichen abziehen.

Sodann könnten diese neuen Kräfte von den 5.000 (oder anderenfalls unterstellten 50.000) bereits qualifizierten Beamten innerhalb von 3 bis 4 Monaten auf die Aufgabe vorbereitet werden.

Im letzten Quartal 2019 wäre man dann so weit, die neuen Grundsteuer-Bescheide zu erstellen, wie vom Bundesverfassungs-Gericht zwingend vorgesehen.

Zu beachten sind aber die Lerngruppen-Größen: Bei nur 5.000 bereits jetzt qualifizierten Beamten wären von jedem Einzelnen dieser 5.000 Staatsdiener in Groß-Gruppen von jeweils 120 Personen die anzulernenden 600.000 neuen Sachbearbeiter auszubilden. Man sieht sehr schnell, daß die geplante Grundsteuer-Reform mit den aktuellen Leitlinien undurchführbar ist.

Verteidiger der neuen Leitlinien für den Gesetzes-Entwurf halten dagegen:

Wegen des enormen Aufwands würden Grundstücke, Häuser und Wohnungen auch in Zukunft nicht individuell taxiert. Sie werden jedoch in ein sehr viel genaueres Raster einsortiert. In die Berechnung würden die durchschnittlichen Nettokaltmieten einfließen. Wie stark dieses Raster verfeinert werden muss wird sich noch zeigen... (hört, hört)

Hinter einem Altbau – gebaut vor 1948 – kann sich ein altersschwaches Gebäude, aber auch eine komplett renovierte Villa verstecken.

Und weiter:

Für Nutzer von Wohnraum – ob nun als Mieter oder Besitzer – sind diese Feinheiten am Ende nicht wirklich entscheidend. Die Eckpunkte setzen nur die Vorgabe des Bundesverfassungsgerichts um. Und die lautet: Die Steuer muss stärker am tatsächlichen Wert der Immobilie anknüpfen...

Das klingt zunächst einmal wie eine Entwarnung.

Aber das Entscheidende bleibt: Jedes Gebäude und jedes Grundstück muß nach den neuen Leitlinien einzeln betrachtet werden. Und dies ist verbunden mit dem oben beschriebenen Aufwand.

Grundstücke plus Wohngebäude plus (einzeln zu bewertende, in den Wohngebäuden befindliche Eigentums-Wohnungen) plus Betriebsgebäude ergeben zusammen in Deutschland eine Zahl von mehr als 100 Millionen zu bewertende Einheiten.

Laut Bundesverfassungsgericht muß dies alles bis zum Jahresende 2019 erledigt worden sein, sonst darf keine Grundsteuer mehr erhoben werden. Der Steuerzahler könnte sich klammheimlich freuen. Aber die Städte und Gemeinden wären am Ende. Ihnen würden knapp 15 Milliarden Euro (=15% der kommunalen Steuer-Einnahmen) jährlich fehlen.

Damit dies nicht eintritt, wird man voraussichtlich alle Immobilien-Werte (am Ende des Jahres 2019) nur schätzen wollen. Eine Einspruchs- und Klagewelle im zweistelligen Millionen-Stückfall-Umfang wäre - aller Erfahrung nach - dann mit Sicherheit die Folge.

Aber unverdrossen träumt Olaf Scholz davon, Kanzlerkandidat der SPD zu werden. Die Chance hätte er – aber damit hätte die SPD die große Chance, für immer in Vergessenheit zu geraten. Wie schon anfangs gesagt:

Die Unvernunft besiegt die Vernunft – diesen Sieg sollte man der SPD doch mal lassen.

(Danke, Jörg Gebauer, für die tolle Vorlage!)

Lieber armer Gutmensch

Von Barbara †, mit einem Nachwort von Peter Helmes

Vorbemerkung Peter Helmes:

Der folgende Artikel stammt von meiner leider allzu früh verstorbenen Freundin Barbara. Was sie schreibt, hat nach wie vor Gültigkeit und sollte uns Mahnung sein. Hier ihr Text.

Ein offenes Wort an die politisch korrekten Zeitgenossen

Gestatte mir, lieber armer Gutmensch, dass ich einmal das Wort ganz persönlich an dich richte:

Was ist denn nun eigentlich los mit dir?

Zugegeben, auch ich hatte in längst vergessenen Tagen diesen Aufkleber mit dem Wortlaut **"No Atomstrom in my Wohnhome"** an meiner Zimmertür kleben. Auch am Auto pappte ein ähnlich dummer Spruch: **"Alle Menschen sind Ausländer - überall"**.

Und um mein Image als tolle, emanzipierte und politisch engagierte junge Frau vollends "aufzupeppen", durfte natürlich auch das Che Guevara Plakat in meinem Zimmer nicht fehlen (obwohl ich gar nicht wusste, wer das eigentlich war) und der aktuelle "Spiegel" lag natürlich auch immer auffällig irgendwo herum...

Ich war grade mal 15,16 oder 17 Jahre alt und hatte keine Ahnung ob der Bedeutung all dessen. Aber ich bekam aus meinem damaligen Tübinger Studentenfreundeskreis Anerkennung und Lob.

Dann MUSSTE das ja alles gut und richtig sein!

Aber ich wurde älter. Ich wurde selbstständiger, wurde sehr jung Mutter, und damit begann ein anderes Leben:

Jeden Tag arbeiten und Verantwortung übernehmen; das war ab diesem Zeitpunkt mein neues Leben.

Und damit ging auch eine völlig neue Denk- und Sichtweise der Dinge einher.

Ich musste meinen Lebensunterhalt für mich und meine Tochter als alleinerziehende Mutter selbst verdienen, zusehen, dass sie auf gute Schulen ging, konsequent lernte, verschiedene Sportarten ausübte und Freunde hatte, die ihr gut taten. Und vor allem:

Acht darauf geben, dass sie nicht "auf die schiefe Bahn" geriet. Aber dennoch die Zügel weitestgehend locker lassen.

Ich habe das alles ganz gut hinbekommen.

Mein Kind ist heute eine wundervolle, gütige, beruflich erfolgreiche und unabhängige junge Frau und seit kurzem selbst Mutter...

Warum ich dir das schreibe, lieber Gutmensch ?

Weil ich nicht verstehen kann, was du tust, was du willst und was dich antreibt, das zu tun, was du täglich meinst tun zu müssen...

Weißt du, was ich glaube?

DAS, was du vermeintlich sekundlich vorgibst, "Gutes" zu tun, ist meiner Meinung nach im Grunde nur Eines: **pureregoismus!**

Wenn du auf den Straßen im Kreis deiner Gutmenschen-Sekte "Refugees welcome" skandierst, an Bahnhöfen kindlich verklärt Menschen mit irgendwelchen albernen Teddys bewirfst, eifrig Brote für Flüchtlinge schmierst und bei keiner Menschenkette fehlen darfst....

...dann habe ich den Verdacht, dass es dir keineswegs um den humanitären Gedanken dabei geht, den du vorgibst zu haben, sondern ausschließlich um Anerkennung und Beifall DEINER eigenen, im Grunde bemitleidenswerten Person.

Das ist Egoismus und keine Toleranz!

Ich denke, du bist das vernachlässigte und ungeliebte Kind oder Enkelkind der frühen ´68 er Generation.

Deine Eltern, mit ihren fast schon obsessiven antiautoritären Erziehungsmethoden fast ständig bekifft, mit dir im Schlepptau allabendlich in irgendwelchen verrauchten Szenekneipen unterwegs, haben dich ganz einfach übersehen.

Sie haben dich und deine 3 Geschwister zwar " irgendwie " groß bekommen, aber du kanntest nie Grenzen, nie Konsequenzen und wurdest vermutlich auch nie für Fehler liebevoll bestraft.

Genauer betrachtet: Irgendwie gab es dich gar nicht...

Was als „antiautoritäre Erziehung“ auf den Fahnen deiner Eltern geschrieben stand, war in Wirklichkeit nur Eines:

Faulheit, Bequemlichkeit und Desinteresse!

Und genau in diesen Momenten zeigte sich der Egoismus deiner eigenen Eltern.

Sie haben dich nie auf das wirkliche Leben vorbereitet und wollten das wahrscheinlich noch nicht einmal. Vielleicht haben sie dich nicht einmal geliebt...

Dabei hast du dich so sehr nach Aufmerksamkeit und Anerkennung geseht....

Du hättest sogar gerne einmal eine Strafe in Kauf genommen, nur um endlich einmal wahrgenommen zu werden...

Aber sie haben dich übersehen...

Das Che Guevara-Plakat deiner Eltern gibt es immer noch, aber heute hängt es neben den Traumfängern von damals, edel gerahmt im eigenen Reihenhaus, und deine Eltern fahren viermal im Jahr in Urlaub und am Wochenende regelmäßig im Audi A8 zu Giovanni, dem Nobel-Italiener ...

Dabei waren sie doch immer gegen das System und gegen den Kapitalismus...

Wenigstens tragen Sie Ihre Klamotten und die Frisuren noch wie damals, aber sie reden kaum noch miteinander.

Deine Mutter trifft man noch ab und an auf Flohmärkten, wo sie in nostalgischer Melancholie ihre selbst getöpferten Vasen anbietet.

Und nun bist du erwachsen, kannst nicht selbständig denken, weil man dir das verboten hat, kannst dein Leben nicht selbst finanzieren, weil man dir das nie beigebracht hat, arbeitest nicht, weil du auch nichts gelernt hast.

Da gibt es nichts, worauf du stolz sein kannst - nur gähnende Leere und Langeweile...

Und weil du so gar nichts hast, was deinem Leben Inhalt gibt, rennst du von einer Demo zur nächsten, schmierst Brote für Flüchtlinge, wirfst Teddys und stehst an Bahnhöfen herum...

Immer sehnsüchtig auf der verzweifelten, sinnlosen Suche nach Anerkennung.

Einen kurzen Moment in der Öffentlichkeit, ein kurzer Moment eingebildeter Geborgenheit unter all den anderen scheinheiligen Gutmenschen, die unter dem gleichen Defizit leiden wie du....

Dann ist dieser Moment auch schon wieder vorbei und du bist wieder das, was du schon immer warst:

Ein armer, seelisch verkrüppelter Gutmensch, ein unscheinbares Nichts – bedeutungslos... von niemandem beachtet und von niemandem wahrgenommen.

Fast könntest du mir leid tun...

Fast

Ein persönliches Wort von Peter Helmes an Barbara:

Bravo, meine liebe Philosophin, bravo – und danke!

1.) Du wirst vermutlich dem einen oder anderen die Augen öffnen. Und etliche werden das lesen und ein wenig beschämt sein; denn das Beste an Deinem Text ist, daß man nicht widersprechen kann. Sozusagen alternativlos formuliert.

2.) Aus Dir spricht Erfahrung, Du bist authentisch und dadurch höchst glaubwürdig. Du hast Dich aus eigener Kraft durch Deine Mutterrolle zurück "auf den Boden der Gesellschaft" geholt. Du warst auch einmal eine „kiffende, spinnerte ´68erin“, aber Du hast etwas gelernt, hast studiert und beruflich Erfolg – eine große Leistung!

3.) Du hältst all diesen narzißtischen Bessermenschen den Spiegel vor, ohne zu belehren. Wenn sie in ihrem "gesellschaftspolitischen Bewußtsein" ihren Verstand noch nicht ganz verkifft, ver"totdiskutiert" oder sonstwie "versoffen" haben, werden sie sich selbst fragen müssen, was sie eigentlich wollen. Aber das ist wohl eine vergebliche Hoffnung; denn so selbstkritikfähig sind viele nicht.

Fazit: Liebe Babsi, Deinen Gedanken wünsche ich weite Verbreitung. Unsere Gesellschaft schuldet Dir Dank! Ich denke, daß Du einige zum Nachdenken bringen wirst hast.

Politisch ausgedrückt: Unsere Gesellschaft muß sich selbst überdenken, die eigenen Positionen überprüfen und am besten – neu anfangen! Danke, Babsi!

Kaufprämie für E-Fahrzeuge ist ökosozialistische Planwirtschaft

Düsseldorf, 31.01.2019: Der umweltpolitische Sprecher der AfD-Fraktion, Dr. Christian Blex MdL kritisiert den Beschluss der Landesregierung, Unternehmen stärker bei der Anschaffung von Elektrofahrzeugen zu subventionieren.

Ab Anfang Februar sollen Unternehmen in NRW bis zu 8.000 Euro Kaufprämie für E-Fahrzeuge erhalten. Dazu habe das Land das Volumen seines Förderprogramms für die Elektromobilität auf 40 Millionen Euro im Jahr 2019 verdoppelt. Wirtschaftsminister Andreas Pinkwart wolle NRW „zum Vorreiter einer emissionsarmen und innovativen Mobilität“ machen.

Der umweltpolitische Sprecher der AfD-Fraktion, Dr. Christian Blex MdL, erklärt hierzu: „Statt sich immer tiefer in ökosozialistische Planwirtschaftsexperimente zu verstricken, sollte Herr

Pinkwart lieber endlich die Fakten akzeptieren: Die E-Mobilität ist weder emissionsarm noch innovativ. Es sei denn, man findet es fortschrittlich, mit seinem Stromer stehenzubleiben, wenn man die Heizung aktiviert. In Trier musste ein E-Bus wegen dieser Problematik erst vor kurzem aus dem Betrieb genommen werden.

Die Produktion der Akkus von Elektromobilen der Mittelklasse setzt außerdem 17 Tonnen von Klimareligiösen verteufeltes CO2 in die Luft. Dafür muss ein moderner Verbrenner rund 200.000 km fahren. Niemand braucht diese Verkehrswende. Sie ist pure Ideologie zum Schaden Deutschlands. Davon können auch hohe Subventionen nicht ablenken.“

(1) https://www.volksfreund.de/region/trier/triers-erster-elektrobus-nach-zwei-betriebswochen-vom-netz-genommen_aid-35575173

(Quelle: Dr. Christian Blex, umweltpolitische Sprecher der AfD-Fraktion im Landtag NRW)

Wie die SPD sich von ihren Wählern entfremdet

„Wer rettet die SPD?“

Die Antwort liegt eigentlich auf der Hand - nur die SPD selbst kann sich retten, und eine wesentliche Rolle dürfte hierbei spielen, dass sie sich vor allem wieder um ihre althergebrachte Stammwählerschaft kümmert, nämlich die Arbeiter und kleinen Angestellten, die heute immer noch eine ansehnliche Wählergruppe darstellen. Denn der Niedergang der SPD ging damit einher, dass sie sich von ihren Stammwählern immer weiter entfernte.

Es fing an mit der Agenda 2010 vor fünfzehn Jahren unter Schröder in einer - rot-grünen Regierung, die der SPD den ersten Einbruch in den Wahlergebnissen bescherte. Es kam das EEG-Gesetz hinzu, das zwar schon 1991 erlassen wurde, sich aber erst mit einer Verzögerung von Jahren zu einem veritablen Kostenfaktor auswuchs und an einer sozialen Schiefelage krankt, weil es gerade Kleinverdiener unverhältnismäßig hoch belastet, aktuelle Schätzungen belaufen sich in der Summe auf eine durchschnittliche Belastung bald von 50 000 Euro für einen Vier-Personen-Haushalt. Zuletzt gefiel sich die SPD darin, sich für Homoehe, Gender und Doppelpass zu ereifern - was interessieren den Arbeiter solche Themen?

Ein weiterer Punkt ließ das Fass schließlich überlaufen, nämlich die Flüchtlingswelle von 2015, die jedes vernünftige Maß vermissen ließ und Allensbach von 80 Prozent der Menschen hierzulande kritisch gesehen wird. Schon seit Jahren war den politischen Führern der SPD die Förderung der Einwanderung ein Herzensanliegen. Sie strahlte Wohlwollen für die Ankunft weiterer Flüchtlinge in unserem Land aus, das 2015 zu einem vielstimmigen Chor von Sympathiebekundungen anschwell.

Während zuvor überall gespart wurde, bei der Polizei, bei den Schulen, der Infrastruktur, bei den Löhnen für Krankenschwestern, Pflegepersonal, Busfahrern und so weiter, war auf einmal für die zahlreichen neu angekommenen Flüchtlinge reichlich Geld da. Es entstand der Eindruck, daß für sie das Geld mit vollen Händen ausgegeben wurde, was zuvor den hiesigen Bedürftigen nicht zugestanden wurde; diese waren staunende Zaungäste eines riesigen Spektakels und fühlten sich an den Rand gedrängt.

Dem setzt nun auch noch das von er der SPD schon lange energisch geforderte Einwanderungsgesetz, das jüngst von der Regierung beschlossene „Facharbeiterzuwanderungsgesetz“, die Krone auf, das alle Arbeitssuchenden und Ausbildungswilligen auf der Welt nach Deutschland einlädt. Es setzt die Politik der SPD gegen

ihre Stammwähler fort, indem es den Zustrom in den Niedriglohnsektor verstärkt, der schon in den letzten Jahren stark angeschwollen und auf zurzeit über acht Millionen Beschäftigte gewachsen ist. Es wird in seiner Wirkung zwangsläufig ein „Binnenlandlohndumpinggesetz“ sein, denn dem Arbeitgeber wird sich für Aufstockung und Austausch seines Personals eine große Auswahl bieten die Einkommensschere in unserem Land wird sich weiter spreizen. Verwunderlich ist, dass die Gewerkschaften sich hierzu nicht kritisch Wort melden - die vielstimmig beklagte Facharbeiterlücke wäre eine wunderbare Gelegenheit, höhere Löhne durchzusetzen und die Lücke würde sich, frei nach Adam Smith, bald schließen.

Die Stammwähler der SPD merken sehr wohl, dass sie nicht mehr im Mittelpunkt der Partei stehen, da muss man sich auch nicht wundern, dass diese bei ihnen in Ungnade gefallen sind. Neue Wählerschichten aber hat die SPD ihrer Politik auf der Linie des Zeitgeistes nicht gewonnen. Der erste Schritt für die Erholung der SPD in der Wählergunst dürfte deshalb darin bestehen, die Fehler

Debatte über den Koran

Mit großer Erwartung und Spannung las ich in der F.A.Z. vom 12. September unter „Briefe an die Herausgeber“ die beiden Texte („Thilo Sarrazin: Leere Behauptungen“/ „Eine Tendenz zum Beleidigtsein - Rainer Hermanns Antwort“). Und dann war meine Enttäuschung groß. Denn bei diesem Briefwechsel ging es eigentlich und weit überwiegend nur um Kleinigkeiten und Nebensachen. Ich wünsche mir eine Debatte, in der auf beiden Seiten mit hervorragend formulierten und vorbildlich untermauerten Argumenten über das Entscheidende gesprochen wird, eine Auseinandersetzung, in der beispielsweise die folgenden Fragen zum Islam pro und contra behandelt werden:

Ist der Koran ein „gefährliches“ Buch, weil er viele Suren enthält, die das siebte Jahrhundert spiegeln und unseren Menschenrechten widersprechen? In diesem Zusammenhang: Wie sieht das Frauenbild im Koran und in den Hadithen aus?

Wie ist die überaus radikale Sure 9 zu interpretieren? Wie sollen wir die im Koran enthaltene grundsätzliche Berechtigung zum Töten beurteilen? (Sie wird ausdrücklich formuliert in den Koransuren 5,32; 6,151 und 25,68.) Ist die Bibel ebenso „gefährlich“ wie der Koran? Kann man Jesus und Mohammed auf dieselbe Stufe stellen? Wie interpretieren die Imame, die in Deutschland predigen, den Koran? Relativieren die meisten von ihnen das Zeitgebundene, Überholte aus dem siebten Jahrhundert, oder nehmen die meisten von ihnen alle Suren als ewige, unveränderliche göttliche Offenbarung wörtlich? Welchen Einfluss üben sie auf die muslimischen Kinder und Jugendlichen?

Es wäre schön, wenn sich Thilo Sarrazin und Rainer Hermann über solche und ähnliche Fragen austauschen könnten, wenn die beiden abgedruckten Briefe nur ein Vorspiel wären, ein erstes kleines Kräftemessen! Die Hauptsache kommt noch!

Aufbewahrungsanstalt

Zu „Familienpolitischen Ideale“ von Heike Göbel (FAZ): Leider haben Kleinkinder keine Stimme und können sich nicht wehren, wenn sie ungefragt in so eine Kinderaufbewahrungsanstalt, genannt Kinderkrippe, verfrachtet werden. Dabei gibt es ernstzunehmende Befunde, daß Ein- bis Dreijährige in außerfamiliären Betreuungsplätzen dauerhaftem Streß ausgesetzt sind, der sie chronisch krank macht. Untersuchungen haben ergeben, daß die Ausschüttung des Streßhormons Cortisol ansteigt, wenn sie nicht die liebevolle Zuwendung er Mutter oder wenigstens einer ständigen Bezugsperson erfahren, um ein Urvertrauen aufbauen zu können. Auch die beste Kita mit dem besten Personal kann das nicht leisten.

Gegen die Verstaatlichung von Kindern

In der FAZ vom 8. August polemisierte Michaela Kreyenfeld in der heutzutage leider üblichen Art und Weise gegen diejenigen Eltern, die sich selbst um ihre Kinder kümmern, statt sie der Ganztagsbetreuung durch den Staat zu überlassen („Was soll denn diese Vereinbarkeitspessimismus“).

Solche Eltern beschimpft sie als noch in der „familienpolitischen Steinzeit lebend“ und so weiter. So weit, so schlecht, aber typisch. Wenn sie doch allen Ernstes behauptet, in Westdeutschland sei ein „Wehklagen über die Belastung für berufstätige Eltern ausgebrochen“ und die Vereinbarkeitspessimisten übernähmen die Deutungshoheit“, dann geht einem wirklich der Hut hoch. In Wirklichkeit ist es doch so, daß nur noch ganz selten jemand wagt – wie dankenswerterweise auch in der FAZ –, einen Widerspruch gegen die totale Verstaatlichung der Kinder einzulegen. Wirklich fast überall wird doch der weitere Ausbau der Kitas als Erfolg gefeiert. Gegenwärtig wird sogar unter dem Beifall aller Parteien der weitere Ausbau der 24-Stundenkita betrieben. Früher nannte man so etwas Waisenhaus. Aber was soll's, die Wirtschaft fordert ihren Tribut, und die Emanzipation sowie die Selbstverwirklichung locken ausschließlich jenseits von Kinder, Küche und Kirche.

Kinder Betreuung in der Kita oder zu Hause? Daran scheiden sich nach wie vor die Geister.

Da wird Familie die Kompetenz zur frühkindlichen Bildung entzogen und stattdessen empfohlen, die Kinder möglichst früh in die Kita zu geben. Die Äußerungen, die seitens einiger Politiker immer lauter werden, finde ich äußerst besorgniserregend. Dabei ist der Kern dieser Politik ein ganz anderer, nämlich daß die Eltern möglichst schnell wieder dem Arbeitsmarkt zu Verfügung stehen.

Daß man zu diesem Zweck Zweifel streut, ob die Institution Familie in der Lage ist, gebildeten, altersgerecht entwickelten Nachwuchs hervorzubringen, finde ich ungeheuerlich! Wer sich heute entscheidet, sein Kind früh in die Kita zu geben, der darf sicher sein, daß es sich in einer Bildungseinrichtung befindet und dort gut aufgehoben ist. Aber wir dürfen nicht vergessen, daß es ebenso Dinge gibt, die auch eine Kita nicht ersetzen kann:

Die Familie ist und bleibt für unsere Kinder eine sehr wichtige Einrichtung, deren Wert wir leider heutzutage immer weiter aus den Augen verlieren.

Betrachtet man als Erzieher das Thema frühkindlicher Bildung, so ist die Sorge sicher unbegründet, daß Kindern, die in den ersten drei Lebensjahren zu Hause betreut werden, eben diese Bildung fern bleibt. Daß es auch hier Ausnahmen gibt, ist mir bewußt. Aber ich wehre mich, deshalb alle Familien über einen Kamm zu scheren.

Und um das auch einmal deutlich zu machen: In der Kita kommen mehr Kinder auf eine Bezugsperson, als dies zu Hause der Fall ist. Ich möchte niemanden verurteilen, der sich dazu entscheidet, sein Kind früh in die Kita zu geben. Dafür gibt es sicher viele durchaus verständliche Gründe. Aber ich wehre mich dagegen, daß dies als der einzig richtige Weg propagiert wird. Genauso, wie Eltern durch (je nach Bundesland) Rechtsanspruch auf einen kostenfreien Kita-Platz in ihrem Bestreben, weiterarbeiten zu können, unterstützt werden, finde ich eine angemessene finanzielle Unterstützung für diejenigen wichtig, die sich entscheiden, die Elternzeit zu verlängern, im ihr Kinder in die ersten drei Jahren zu Hause zu betreuen. Letztendlich geht es doch um das Wohl unserer Kinder. Schaffen wir für sie gleichberechtigte und gute Voraussetzungen.

Kinderärzte raten von Kitas ab

Über „Sinn und Unsinn“ des Betreuungsgeldes läßt sich trefflich (politisch und aus anderen Gründen) streiten. Über die Kita-Gruppenbetreuung in den ersten drei Lebensjahren und deren mögliche Folgen für Kleinkinder, aber auch für Mütter, gib es inzwischen gleichwohl eine Fülle von wissenschaftlichen Untersuchungen, die leider viel zu wenig bekannt sind. „Bildung“ (im engeren Sinne) im Kleinkindalter, wie von interessierter Seite immer wieder behauptet wird und die insbesondere „bildungsfernen“ Schichten zugutekommen soll, gibt es nicht.

In den ersten zwei bis zweieinhalb Lebensjahren entwickelt sich die „Primärbindung“ zwischen Kind und wichtigster Fürsorgeperson, durch liebevollen Blickkontakt und auch körperliche Nähe. In dieser Zeit entwickelt sich auch die Hirnreifung, zunächst der rechten Hirnhälfte; erst mit zwei bis zweieinhalb Jahren die der linken Hemisphäre, die dann für Lernen, also Bildung, ganz wesentlich ist. Man spricht bei der Primärbindung auch von „sozioemotionaler Entwicklung“. Darauf weist insbesondere die „Bindungstheorie“ von John Bowlby u. a. hin. Die Primärbindung wird dann später idealerweise durch Sekundärbindung ergänzt, bleibt aber existentiell als Grundlage stabiler sozialer Beziehungen. Auch die besten Kitaverhältnisse können diese Primärbindung nicht ersetzen.

In verschiedenen Studien wurden etwa erhöhte Stresshormon-Werte bei Kleinkindern gemessen übrigens auch bei Müttern, die Kleinkinder in Kitas betreuen lassen. In dieser sensiblen Phase stellt chronische Stressbelastung ein besonders hohes Risiko für die psychoemotionale Entwicklung dar. Somit raten Kinder- und Jugendärzte sowie Kinder- und Jugendpsychiater von einer Kita-Betreuung bis etwa zum Alter von zweieinhalb Jahren ab.

Doch die Politiker, insbesondere die Familienpolitiker/innen der meisten Parteien, scheint das alles nicht zu interessieren. Die jetzt „freiwerdenden“ Gelder aus dem Betreuungsgeld sollen in den zügigen Ausbau der Kitas gesteckt werden, wobei anzumerken ist, daß ein Kitaplatz den Steuerzahler schon jetzt monatlich rund tausend Euro kostet. Zustimmung zu den damaligen Aussagen der Bundesfamilienministerin Schwesig (SPD) fand sich auch bei Gewerkschaften, der Wirtschaft, den Sozialverbände und – man glaubt es nicht – auch bei Teilen der Kirchen.

Zu fordern ist eine deutliche Verbesserung der familienbezogenen Leistungen, zum Beispiel des Erziehungsgeldes-plus, eine Rückkehrgarantie für Mütter (und Väter) auf ihren angestammten Arbeitsplatz nach der Erziehungsphase und – man sollte darüber nachdenken

- den Kindergartenbesuch, also für die Lebensjahre drei bis sechs zur Pflicht zu machen, um auch „bildungsferne Schichten“ zu erreichen.

Wie in Sparta

Das Bundesverfassungsgericht wohlbegründet entschieden, daß dem Bund für die Gewährung von Betreuungsgeld Kompetenz fehlt. Zu der Frage, wie angesichts des Artikel 6 Abs. 2 Grundgesetzes zwischen häuslicher und außerhäuslicher Erziehung abzuwägen ist, hat sich das Bundesverfassungsgericht in diesem Zusammenhang nicht geäußert. Bejubelt wird das Urteil aber vor allem von denjenigen, die es für wünschenswert erachten, daß alle Eltern ihre Kinder in Krippen, Hore und Kindertagesstätten schicken.

Dies erinnert mich an meinen Lateinunterricht im Dritten Reich. Nach einem der Übungstexte mußten in Sparta die Eltern die Erziehung der Kinder weitgehend dem Staat überantworten. Unser Lateinlehrer bemerkte dazu, das decke sich im Kern mit den Zielvorstellungen der NSDAP. Von diesem Augenblick an wurde ich Nazigegner, wie es meine Eltern - ohne daß ich es wissen konnte - schon vor der Machtergreifung waren.

Nach der Wiedervereinigung 1990 dachte ich, nun können die Eltern weder selbst erziehen und müssen sie nicht in öffentliche Einrichtungen „topfen“ lassen. Aber dann fordert Olaf Scholz (SPD) die „Lufthoheit über die Kinderbetten“ für den Staat. Als Erster Bürgermeister der Freien Hansestadt Hamburg hatte diese staatliche Hoheit über die Eltern vor dem Bundesverfassungsgericht erstritten:

Ohne gesetzlichen Zwang (ver)führt der goldene Zügel der Förderung der Betreuungsstätten zum Besuch von Kinderkrippen, Kinderhorten und Kindertagesstätten. Er wirkt wie die Schulpflicht. Und diese Wirkung trifft nicht nur immer wieder ins Feld geführten Bildungsfernen, die das Betreuungsgeld erziehungsferne Zwecke egoistisch missbraucht haben. Sie trifft vielmehr alle Eltern denen eine „Pflege und Erziehung der Kinder“(Artikel6 Abs2 GG) ohne Betreuungsgeld einer Arbeitswelt schwerfällt, in der der Mann immer weniger arbeitet und die Frau deswegen mitschaffen“ muß.

Faktisch können sich die Eltern die Träger der Krippen, Horte und Kindertagesstätten nicht aussuchen, sondern müssen deren Spiritus akzeptieren, o r ihnen nun gefällt oder nicht. Eine Erziehung gegen den Mainstream wird damit vielen Eltern fast unmöglich gemacht, obwohl der heutige Zeitgeist nicht weniger Fragen aufwirft als der in der finsternen Vergangenheit

Von Ideologen getrieben

Naturwissenschaftler haben längst nachgewiesen, daß der ungebremste Krippenausbau keinesfalls zu Freudenschreien Anlaß gibt, jedenfalls nicht, wenn man das Wohl der Kinder in Betracht zieht. Schon 2012 stellte der Kinderarzt Dr. Rainer Böhm in einem hervorragenden Artikel in der FAZ die amerikanische NICHD-Studie vor, die die Streßbelastung von Kleinkindern in der Kita und die immensen Folgeschäden schon vor vielen Jahren nachgewiesen hatte. Es ist erstaunlich, daß es in unserer wissenschaftsgläubigen Zeit dennoch zu einfach ist, solche gesicherten Erkenntnisse konsequent zu ignorieren und eine Politik vorantreiben, die solchem Wissen diametral entgegensteht. Muß es so lange dauern wie bei der Rechtschreibereform, bis Politiker kleinlaut zugeben, daß sie von Ideologen in eine bestimmte Richtung getrieben wurden? Bleiben Sie dabei, den Fachleuten Gehör zu verschaffen, auch wenn viele sich die Ohren zuhalten.

Weißer Männer

Die Union will modern werden (sagt auch Bayerns MP Söder) – und gibt sich doch nur modisch.

Die CDU wollte schon unter GS Tauber nicht länger als die Partei der „alten weißen Männer“ gelten – und als alter weißer Mann, der das, ganz altmodisch, in der Zeitung liest, denkt man, klar, richtig, endlich hat die CDU erkannt, daß sie auch als Partei der jungen schwarzen Frau wahrgenommen werden muß, als Partei der chinesisch- und koreanischstämmigen Einwanderer, als Partei der Latinos und Hispanics sowie natürlich all jener Menschen, die man früher Indianer nannte, was heute aber nicht mehr zeitgemäß ist.

So soll es also sein, denkt man sich – bis einem auffällt, daß in jenen Gegenden, wo die Macht der alten weißen Männer tatsächlich ein Problem ist, also zum Beispiel in Alabama, Massachusetts oder Oregon, oder, um die Sache in noch größerem Maßstab zu betrachten, im Kanon unserer Geistes-, Literatur- und Kunstgeschichte (wobei es da eher um die toten als um die alten weißen Männer geht), die CDU gar nicht wählbar ist. Während im Zuständigkeitsbereich der Christlich Demokratischen Union, in jedem Teil Deutschland also, der nicht zu Bayern gehört, die meisten jener Leute, dessen die Partei sich öffnen möchte, die Menschen also, die türkischer oder kurdischer, jugoslawischer oder albanischer Herkunft sind, nach der amerikanischen Farbenlehre zu den Weißen gehören. Man muß es den „modernen“ CDU-Herren vielleicht noch einmal erklären, daß auch der Herr Emre aus Köln, wenn er seinen Gemüseladen einem Nachfolger übergibt und in den Ruhestand geht, ein alter weißer Mann ist. Und seine Tochter, für die die CDU so gern wählbar sein möchte, ist eine weiße Frau.

Was ist dann aber das Problem, das die CDU mit alten weißen Männern hat? Womöglich besteht das Problem darin, daß sie, so wie andere Männer ihrer Art sich gern in komplett unverständlichem (und unverständlichem) Englisch ausdrücken und, zum Beispiel, „roundabout“ sagen, wo die doch „ungefähr“ meinen; daß sie sich bloß eine unverständene englische Floskel angeeignet haben zum Zeichen ihrer Modernität, so wie sie ja auch Brillen tragen, die total auf dem neuesten Stand der Mode von 2004 sind.

Wäre es nicht besser, fragt sich der alte weiße Leser, genauer darüber nachdenken würden, was es heute heißen könnte? Es ist ja nicht unbedingt das einzige Kennzeichen des Konservativen, daß er sich als Letzter von den alten Ressentiments trennen will, als Letzter den schon anfahrenen Zug erreicht.

Konservativ zu sein, das könnte ja auch heißen, daß man Tradition, Herkunft, Geschichte nicht nur dauernd beschwört, sondern kennt und als Verpflichtung begreift.

Wer sich seiner Herkunft und Geschichte bewußt ist, weiß trotzdem noch nicht ganz genau, wer er ist und wo es langgeht. Aber er hat, wenn er die zurückgelegte Wegstrecke betrachtet, zumindest einen Anhaltspunkt dafür, wo und wofür er steht.

In dieser Lage ist die Herausforderung für Konservative eben nicht, nur unduldsam auf die Einhaltung der Normen zu beharren. Sondern gewissermaßen freundlich die Einladung auszusprechen, unsere Geschichte und Traditionen kennenzulernen (Gastfreundschaft ist eine der ältesten). Dafür brauchte es allerdings Kenntnisse, die weiter reichen als nur bis zur Brillenmode von vor elf Jahren.

Gender, die Stadt Hannover und eine absurde Politik, die niemand braucht und unserem Lande nur schadet

Unser Autor Klaus Hildebrandt schreibt an die Stadt Hannover:

Sehr geehrte Frau Kämpfe (Bündnis90/Die Grünen),
gestatten Sie mir, Ihre "grüne" Initiative zur Gestaltung einer "gendergerechten" "Sternchensprache" mit nur ein paar wenigen Zeilen zu kommentieren, nachdem ich dazu im Laufe des gestrigen Tages auch noch einen Beitrag auf Tagesschau24 sah. Ich betrachte Ihr Vorpreschen in dieser Sache als reinen Schwachsinn. Das durch die Abschaffung dieses Gender-Gedöns eingesparte Geld sollte besser unseren Familien zugutekommen, die sich tagtäglich mühen, einigermaßen über die Runden zu kommen.

Gender schadet dem friedlichen Zusammenleben von Menschen und ist auch der Hauptgrund für die Zerstörung der traditionellen Familie, die den Menschen - und gerade Kindern - schon immer der eigenen positiven Entwicklung, Erziehung und Bildung, und darüber hinaus als wichtiger privater Rückzugsort diente. Hannover kenne ich nur von einer Dienstreise vor rd 20 Jahren. Ich erinnere mich heute noch, über die vielen Drogenkonsumenten am Hannoveranischen Bahnhof schockiert gewesen zu sein, die sich vor den Augen der gelangweilt um sie herumschleichenden Polizisten offen ihre Heroin-Spritze setzten.

Das war für mich ein prägendes Andenken an die absurde Politik der Stadt Hannover, denn anstatt diesen Leute zu helfen, ließ man sie lieber in der Gosse liegen. Tatsächlich handelte es sich dabei um verschwendete Leben, die durch etwas mehr Fürsorge und Ordnung in ihrem Leben durchaus von ihrer Abhängigkeit hätten befreit werden könnten. An eine "grüne und linke Toleranz" glaube ich längst nicht mehr, eher an eine Form von Sozialindustrie, in der sich die politischen Protagonisten unter ideologischem Vorwand in die eigene Tasche regieren.

Wie man an Ihrem Beispiel unschwer erkennt, basiert die staatliche Genderpolitik auf "Zwang" und stellt kein geeignetes Mittel zur Herstellung von "Demokratie zwischen den Geschlechtern" dar, wie Sie es in Ihrem Portal ja verkünden. Vielmehr politisieren Sie jetzt auch noch nach marxistischer Manier den Privatbereich der Bürger, der Sie und die gesamte Politik überhaupt nichts angehen und entsprechend auch keine Unkosten verursachen sollte. Noch nie in der Geschichte unseres Landes wurden so viele Ehen geschieden, lebten so viele Frauen in "Frauenhäusern", Kinder auf Straßen oder in Pflegefamilien, wurden Ungeborene willkürlich abgetrieben und Frauen sowie selbst Kinder missbraucht und vergewaltigt, wie heute. Selbst in den Parlamenten sind heute Pädophile zu finden. Diese Problematik trifft im Übrigen auch auf die heutige Situation der Gleichgeschlechtlichen (Lesben und Schwulen) zu.

Wurde diese Personengruppe früher eher belächelt aber akzeptiert, so wird sie heute aufgrund der staatlichen Bevormundung und sexuellen Zwangsberieselung zum Zankapfel der Gesellschaft hochstilisiert, insbesondere unter Kindern und Jugendlichen, was sich dann meist ein ganzes Leben lang hält. Gäbe es diese dumme Diskussion in der heutigen, politisch forcierten Intensität nicht, dann würden sich diese Probleme wieder von ganz alleine legen. Durch Ihr Mitwirken tragen Sie im Übrigen eine persönliche Mitschuld an diesem ungunstigen Zustand, auch wenn Sie nur einen "Auftrag" erfüllen und Sie sich am Monatsende über Ihr üppiges Gehalt erfreuen.

Ich verstehe ja, dass Sie aufgrund Ihrer Position als Gleichstellungsbeauftragte von Hannover gewisse Tätigkeitsnachweise erbringen müssen, und dies z.B. mit "Sternchen" zu tun versuchen, aber denken Sie doch bitte an all diejenigen, die dadurch - möglicherweise ein Leben lang - geschädigt werden, allen voran die Frauen selbst. Wie ein Mann namens "Papst" mehrmals in der Vergangenheit behauptete bzw. feststellte, handelt es sich beim Thema Gender um eine Teufels-Ideologie ("dämonisch"), denn sie dient nur einigen wenigen "Besessenen" in Politik und Wirtschaft und zerstört die natürliche Basis des menschlichen Zusammenlebens. Wir müssen das Rad der Zeit wieder zurückdrehen, sonst zerstören wir uns selbst.

Ungeachtet dessen fällt auf, dass es meistens Frauen sind, die so skurrile Gedanken gerade im sexuellen Bereich entwickeln. Ganz im Gegensatz zu Ihnen, Frau Kämpfe, vertrete ich ehrliche die Meinung, dass Gender sogar verboten werden sollte.

Mit freundlichen Grüßen

Klaus Hildebrandt

(siehe auch: <https://jungfreiheit.de/politik/deutschland/2019/stadt-hannover-fuehrt-geschlechtsumfassende-sprache-ein/>
<https://www.hannover.de/Leben-in-der-Region-Hannover/Soziales/Frauen-und-Gleichstellung/Gender-Mainstreaming-in-der-Landeshauptstadt-Hannover/Kontakt>)

Dazu fand ich ungeachtet meiner o.a. Zeilen an die Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Hannover auch noch diesen Artikel auf conservo.de <https://conservo.wordpress.com/2019/02/04/ihr-radikalen-schwulen-und-lesben-ihr-oedet-mich-nur-noch-an/#more-23486> , dem ich voll zustimme. Enough is enough! (KH)

***Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde,
das mag für heute genügen.***

***Ich wünsche Ihnen einen nicht zu kalten Februar, zudem den Schutz Gottes und, wie stets
an dieser Stelle, uns allen eine bessere Politik.***

Mit herzlichen Grüßen und bestem Dank für Ihre Treue,

***Ihr Peter Helmes,
Hamburg, 8. Februar 2019***